

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Bezugspreis: Monatlich 50 Pfennig, Einzelnummer 15 Pfennig
Bankkonto: Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten, A.-G.,
Berlin S. 14 — Postcheckkonto Stuttgart Nr. 6805

Verantwortlicher Schriftsteller: Felix Kummer
Schriftleitung und Verlagsstelle: Stuttgart, Wöhlstraße 16
Fernsprecher Nr. 8800

Erscheint wöchentlich am Samstag
Anzeigen aller Art werden bis auf weiteres nicht mehr angenommen
Eingetragen in die Reichspostzeitungsliste

Die Lage im Ruhrgebiet

Der Umfang der Arbeitslosigkeit

Seit der Stabilisierung der Mark ist die Eisen- und Stahlindustrie im Ruhrbecken in eine sich immer noch steigende Krise hineingezogen worden. Absatzmangel und scharfer Wettbewerb des Auslandes, besonders Frankreichs, Luxemburgs, Belgiens, in letzter Zeit auch des Saargebietes, mit ihren Inflationspreisen machen sich geltend. Die im November 1924 gegründete Rohstahlgemeinschaft vermochte nicht diesem Übel zu steuern.

Diese Krise hat sich für die Arbeiterschaft in eine entsetzliche Form ausgewirkt. Das Unternehmertum hat nur eine Lösung für diese Nöte: Lange Arbeitszeit, larger Lohn, Abbau der Soziallasten und Abbau der Erwerbslosen- und Kurzarbeiterunterstützung. Es wetteifert mit Eingaben an die Regierung, um sein Ziel zu erreichen. Es sei hier nur auf die Eingabe des Becherverbandes vom 25. März hingewiesen, die ebenfalls die Beseitigung der Erwerbslosenunterstützung fordert mit der Begründung: „Die Unterstützung ist viel zu hoch (man vergleiche die Direktorengehälter; Schriftl.), sie nimmt nicht nur den Unterstützungsempfängern, sondern auch den in Arbeit Stehenden die Lust zur Arbeit. Außerdem ist die finanzielle Last viel zu hoch und darum untragbar.“ Daß die Lasten hoch sind, empfindet auch der Arbeiter, jedoch hält er es für die selbstverständliche Pflicht des Staates, daß er sich dieser Opfer der Krise annimmt, und zwar so, daß sie mit ihren Angehörigen leben können.

Nach den amtlichen Berichten waren Mitte Mai 1926 im Ruhrbezirk arbeitslos:

Bergbau und Güttenbetrieb		Metallindustrie			Gesamtzahl der Arbeitssuchenden			%
männl.	weibl.	männl.	weibl.	ges.	männl.	weibl.	ges.	
54978	100	44752	627	100457	224620	21884	246504	40,7

Beschäftigt waren in dem Gebiet der Nordwestlichen Gruppe vor der Ruhrbesetzung 269 000 Arbeiter, zurzeit etwa noch 180 000, also rund 69 000 sind abgebaut, und noch ist kein Ende abzusehen.

Am 2. Mai d. J. wurden die Vereinigten Stahlwerke A.-G. in aller Form gegründet. Diese Gründung erfolgte natürlich nicht, um noch mehr Arbeitskräfte im Ruhrgebiet anzulegen, sondern um mit weniger Kräften mehr zu erzeugen. Die bereits in Angriff genommene Spezialisierung wird ebenfalls eine weitere Einsparung an Belegschaften bewirken. Der Stahltrust wird vornehmlich darauf großen Wert legen, mit den vorhandenen Gebäulichkeiten auszukommen, also Neubauten nach Möglichkeit zu vermeiden. Nach der Spezialisierung wird der Trust auch bei einem besseren Geschäftsgang als heute mit den vorhandenen Einrichtungen (Hochöfenanlagen, Walzstraßen, Stahlwerke) mehr als ausreichend versorgt sein, denn in den letzten Jahren sind in einer Reihe von Werken, die jetzt zu den Vereinigten Stahlwerken A.-G. zählen, viele technische Neuerungen durchgeführt worden. Auch diese bringen eine Verminderung der Belegschaften mit sich.

Rationalisierung ist das geflügelte Wort der Gegenwart. Kein vernünftiger Gewerkschafter wird sich gegen die technische Verbesserung der Betriebe wenden, selbst wenn sie vorübergehend Arbeitskräfte einspart. Eine Industrie, die ausführen muß, wird Schritt halten müssen mit den Einrichtungen seiner Wettbewerber im Ausland. Aber die Rationalisierung wird immer mehr benutzt, den Gewerkschaften und der Arbeiterschaft Schwierigkeiten zu machen. So wird zum Beispiel die Bedeutung des Urlaubes mit den geringsten Mitteln beseitigt. Dazu das Überstundenwesen, das ja von jeder im Industriebezirk krassiert. Es ist festgestellt, daß in einer ganzen Anzahl Betriebe des Ruhrgebietes in derselben Abteilung, in der Belegschaft über 1000 in hohem Maße verlangt wurden. Der Unternehmer will dadurch Soziallasten, Beiträge für Kranken- und Invalidenversicherung sowie an Kopfsteuer sparen.

Die Auswirkung auf den Krankheitsstand ist natürlich unabweislich. Wenn auch die Krankenkassen, besonders in den Betrieben, wo zurzeit keine Entlassungen vorgenommen werden, nicht wesentlich über dem Friedensstand stehen, so ist doch die Durchschnittsdauer der Krankheit länger geworden, so in einem großen Hüttenwerk von 18 auf 26 Krankheitstage. Der Arbeiter geht erst dann zum Arzt, wenn es nicht mehr anders geht, und muß dann desto länger feiern.

Benige Lage nach der Gründung der Vereinigten Stahlwerke A.-G. hat sich der rechtsrheinische Stammbesitz des Stummkonzerns dem Eisenwert Kraft in Duisburg, dem Gußstahlwerk Witten, der Eisenindustrie Mendon und Schwert, dem Westfälischen Eisen- und Drahtwerk Langendreer und der Norddeutschen Hütte A.-G. in Bremen angeschlossen. Dazu kommt der Erwerb der Charlottenhütte in Niederelsheim, eines der leistungsfähigsten Werke des Siegerlandes. Durch diesen Erwerb ist eine Verbindung hergestellt mit der schlesischen Rintfleischmann-Rauchhammer-Gruppe. Wer wird der Nächste sein? Die übrigen Gruppen: Daniel, Otto Wolff, Klöpper, Krupp und Hoehj werden einen scharfen Wettbewerb bekommen. Wie lange werden sie, ohne ein Gegengewicht zu schaffen, diesem gewaltigen Druck widerstehen können? Die Vereinigten Stahlwerke A.-G. beherrschen schon jetzt über 48 % der deutschen Eisen- und Stahlzeugung. Der Weg zum Eisenmonopol ist frei.

Auch diese neuesten Anschlüsse werden Stilllegungen von veralteten Betrieben mit sich bringen, also abermals Abbau. 18 leitende Direktoren sind abgebaut. Sie werden ihr Jam-

ernium mit allen Mitteln verteidigt haben. Nun, sie werden nicht stempeln zu gehen brauchen!

In früheren Zeiten wanderte der Arbeiter, heute wandert die Industrie, wechselt ihren Standort. Wegen der günstigeren Verfrachtung bevorzugte man Orte, die über eine gute Kohlenbasis verfügten und an den Wasserstraßen liegen. Orte wie Witten, Hörde, Aplerbeck, Sappo und auch Essen werden stark benachteiligt werden. Die bereits angeführten Veränderungen machen es jedem Einsichtigen klar, daß es selbst bei einer besseren Wirtschaftslage unmöglich ist, diese Arbeitslosenmassen auch nur annähernd wieder im Industriegebiet unterzubringen. Jahrelange Arbeitslosigkeit muß den besten Mann zur Verzweiflung bringen. Mit Lösungen ist ihm nicht gedient. Der erwerbslose Arbeiter oder Angestellte will arbeiten und nicht auf die färgliche Erwerbslosenunterstützung angewiesen sein. Die Annahme des Washingtoner Abkommens, der gesetzliche Achtstundentag ist unbedingt erforderlich. Darüber hinaus sind Reichsmittel bereitzustellen für den Ausbau der produktiven Erwerbslosenfürsorge. So zählt zum Beispiel die Regierung jährlich Millionen für Hochwasser Schäden. Es sei nur an die letzten Überschwemmungen des Rheins und der Ruhr und anderen Nachbarsflüssen erinnert. Diese Überschwemmungen kehren jährlich mehr oder weniger heftig wieder. Im ganzen wurden in der Rheinprovinz im Januar dieses Jahres fast 44,3 Millionen Mark an Entschädigung gezahlt. Rechnet man noch die 7 Millionen dazu, die die Gemeindeverbände für Hilfsmaßnahmen geleistet haben, so haben nahezu 50 Millionen Mark für die Hochwasser Schäden der Rheinprovinz in dem einen Monat allein geopfert werden müssen. Vor allen Überraschungen kann man sich nun zwar nicht schützen, aber ihnen kann durch Staubbämme vorgebeugt und damit viele Millionen gespart werden. Die Urbarmachung von Obflächen und Moorland muß ebenfalls, schon um die Anbaufläche zu vergrößern, in weitgehendstem Maße weitergetrieben werden. Hier könnten Tausende von Erwerbslosen Beschäftigung finden. Allerdings darf es nicht gemacht werden wie in den Wüstengebieten in der Nähe Bremen's u. a., wo man Erwerbslose in verlassenen und verwahrlohten Paraden unterbringt und ihnen einen Tageslohn von 3,60 M in die Hand drückt. Damit wird die Arbeitsfreude nicht gefördert.

Das ist die Aufgabe des Parlaments. Geld ist da, das beweisen die unerhörten Bewilligungen für Militär, Marine und Fürsten. Wenn in Bernkastel an der Mosel die Winger vor das Finanzamt ziehen und die Älten zum Fenster hinauswerfen, dann bewegt man sich in Berlin: die Weinsteuern werden erlassen, und so wird am 1. Juni gemeldet:

Das Wohlfahrtsministerium hat einen namhaften Betrag zur Verfügung gestellt, um die Not der Rheingauer Winger zu lindern. 60 vH dieser Summe soll schon bereit sein werden, damit die ordnungsgemäße Bestellung der Weinberge durchgeführt werden kann. Auf den Morgen angebauter Fläche entfallen 25 M. Die Weisheit braucht nicht verzinkt, noch zurückgezahlt werden.

Wenn die Schwerindustrie um Erlaß von Steuern vorstellig wird, hat sie Erfolg, aber die Not der Arbeiterschaft findet bei weitem nicht die gebührende Beachtung.

Es ist reichlich spät, daß etwas Durchgreifendes für die Milderung der Arbeitslosigkeit geschieht, aber es ist noch nicht zu spät. Die Zustände erfordern unbedingt eine baldige Regelung. Niemand wünscht die Zustände nach dem Kapp-Putsch und der Ruhrbesetzung, wo die Unsicherheit täglich wuchs und Plünderungen an der Tagesordnung waren. Wenn aber schließlich der Gedrückte nirgends Recht kann finden...

Die vom Stamme Nimm

Wie eine Verhöhnung der deutschen Arbeiter klingt es, wenn man Mitte Juni 1926 in den Zeitungen liest: „Der Untersuchungsausschuß über die Ruhrrentschädigungen hielt nach langer Pause eine öffentliche Sitzung ab.“ Wann war es doch? Im Herbst 1923 haben die Besitzer der ganz großen Selbststände an der Ruhr aus der Reichskasse — das heißt vornehmlich aus der Tasche der Arbeiter — die Kleinigkeit von 715 Millionen Mark „Entschädigung“ bekommen, ohne daß auch nur der Reichstag um seine Einwilligung gefragt worden wäre. Als nach einiger Zeit die Sache ans Licht kam, schlug die Arbeiterpresse Krach. Was hat es genützt? Man hat einen Untersuchungsausschuß eingesetzt, der jetzt, nach bald drei Jahren, wieder mal „nach langer Pause“ eine öffentliche Sitzung abhält! Und was hat er in der Sitzung? Er hat zwei Gutachten angehört und dann hat er sich auf ein paar Wochen vertagt. Sicher ist kein Kind in der ganzen deutschen Republik kindlich genug, um zu glauben, daß auf diesem Wege auch nur 1 Pfennig der erdenfester „Entschädigung“ wieder zurückgeholt wird.

Um so weniger, als inzwischen schon wieder laundsoviel neue Fälle passiert sind, die ebenfalls einer sorgfamen Untersuchung bedürftig zu sein scheinen. Zum Beispiel der folgende, den wir treu nach der Schilderung der Deutschen Bergwerkszeitung — also sicher nicht zum Nachteil der Unternehmer gefärbt — vorzutragen wollen.

Im Vertrag von Versailles ist festgesetzt, daß für Kohlen, die auf Reparationskonto geliefert werden, der im deutschen Inlande geltende Preis gezahlt wird, es sei denn, daß der englische Kohlenpreis niedriger ist. In diesem Falle wird der englische Preis berechnet. All die früheren Jahre hindurch ist dieser Ausnahmefall nicht eingetreten. Erst als im vorigen Herbst die englischen Kohlengrubenbesitzer ihre Staatsunterstützung be-

halten, setzten sie den Verkaufspreis so weit herab, daß ihre Kohle seit November 1925 billiger ist als die deutsche. Infolgedessen wurde denn auch seit November 1925 nur der englische Kohlenpreis bezahlt. Jetzt erklärte das Rheinisch-Westfälische Kohlenyndikat: das ginge die Grubenbesitzer nichts an, sie hätten Anspruch auf den vollen deutschen Inlandspreis und das Reich müsse ihnen den Unterschied vergüten. Sie erhoben also abermals den Anspruch auf eine „Entschädigung“ aus der Kasse des Reichs, die sie für die Zeit vom November 1925 bis März 1926 auf 15 Millionen Mark berechnen. Die Reichsregierung lehnte den Anspruch ab. Darauf strengte das Kohlenyndikat eine Klage beim Reichswirtschaftsgericht an, und dieses hat Ende Mai das Reich zur Zahlung verurteilt. So bekommen also zunächst die Kohlenherren von der Ruhr wieder mal 15 Millionen Mark aus den Taschen der Arbeiter — während der famose Reichstagsauschuß immer noch „untersucht“, wie es um jene 715 Millionen von vor drei Jahren bestellt ist — und darüber hinaus wird das Reich, solange die englische Kohle billig bleibt, ihnen weitere 3 Millionen monatlich, das heißt 36 Millionen Mark jährlich in die Tasche stecken dürfen.

Um das in seiner vollen Größe zu würdigen, muß man aber noch wissen — was die BZ verschweigt; man erfährt es aus anderen kapitalistischen Blättern, z. B. aus dem Berliner Börsen-Courier vom 26. Mai —, daß in den vorangegangenen Jahren, nämlich während der Inflation, die deutschen Grubenbesitzer Vorteil von der Bezahlung nach englischen Preisen hatten. Man hat nichts davon gehört, daß sie von dem Sondergewinn, den ihnen während der ganzen Jahre die Reparationslieferungen einbrachten, dem Reich, dem Vaterlande irgend etwas abgegeben hätten. Sobald aber die Berechnungsweise ungünstig wird, schieben sie den Verlust auf die Reichskasse ab. Dazu ist das „Vaterland“ gut genug. Es sind eben die Herren vom Stamme Nimm.

Wie sehr sie, als fromme Christen, auch sonst den Spruch beherzigen: Nehmen ist seliger denn geben (umgekehrt als er in der Bibel steht), beweist auch folgende Geschichte, die sich zu derselben Zeit ereignet hat. Um den englischen Arbeitskammeraden gegenüber Solidarität zu halten, sind die deutschen Bergleute selbstverständlich bemüht, dafür zu sorgen, daß keine deutsche Kohle während des Streiks dorthin geliefert wird, wo sonst englische Kohle bezogen wurde, namentlich nicht nach England selbst. Zu diesem Zweck haben sich die Betriebsräte der Bechen des Ruhrbezirks um den Verband gekümmert und haben sich die Verbandslisten vorlegen lassen. Daraufhin behauptet die BZ, das sei strafbar und schreit nach dem Staatsanwalt! Sie erinnern an § 100 des Betriebsrätegesetzes, der mit Geldstrafe bis zu 1500 M oder mit Haft solche Betriebsvertreter bestraft, die vertrauliche Angaben, Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse „unbefugt“ offenbaren. Geschieht es in der Absicht, sich oder anderen einen Vermögensanteil zu verschaffen, oder dem Arbeitgeber Schäden zuzufügen“, so steht sogar Gefängnis bis zu einem Jahr darauf. Ein Schaden aber, so meint die BZ, würde dem Arbeitgeber“ zugefügt, wenn die Betriebsräte oder die hinter ihnen stehenden Gewerkschaften die Belegschaft dazu veranlassen, ihre Arbeitsleistung herabzusetzen oder den Abtransport von Brennstoffmaterial in die bisher mit englischen Kohlen belieferten Gebiete zu behindern.

Die Drohung an sich und die Anrufung des Staatsanwalts ist lächerlich und kein Betriebsrat wird sich dadurch ins Hochhorn jagen lassen. Denn abgesehen davon, daß erst noch zu prüfen wäre, ob die Weitergabe derartiger Mitteilungen „unbefugt“ geschieht, oder ob es nicht vielmehr zu den Befugnissen und Pflichten des Betriebsrats gehört, die Arbeiter vor der Arbeitslosigkeit des Streikbruchs zu behüten — davon abgesehen, ist es doch einfach albern, hier von „vertraulichen Angaben“, von „Geheimnissen“ zu reden. Die Beförderung der Kohlen geschieht doch am helllichten Tage, Hunderte von Personen wissen, wo jeder einzelne Waggon Kohlen hingeht.

Bezeichnend ist nur wieder der Geist, der aus solchen Sätzen spricht. Es ist ein plumper Versuch, die Betriebsräte einzuschüchtern, damit sie das nicht tun, was zum Nutzen der Arbeiter ihre Pflicht ist. Und warum will man sie davon abschrecken? Man denke, welches Unglück daraus entstehen könnte! Wenn die deutschen Bergleute keine Streikbrecherdienste leisten, dann entgehen vielleicht den deutschen Kapitalisten ein paar Mark Sondergewinn, die sie aus der Verlegenheit ihrer englischen Klassengenossen zu ziehen hoffen, und außerdem könnten vielleicht die englischen Kapitalisten zum Nachgeben gezwungen werden. Zwei Todsünden gegen heiligen Geist derer vom Stamme Nimm.

Rationalisierung und Betriebsräte

Im Zeichen der Rationalisierung der deutschen industriellen Unternehmen ist einer Frage größte Aufmerksamkeit zu schenken. Es ist dies die Frage der Mitwirkung der Betriebsräte bei der Umstellung der Betriebe auf das Bandsystem. Die Mitwirkung der Betriebsräte im Produktionsprozeß war schon im alten Betrieb ein harter Kampf und durch rigorose Schikanen seitens der Unternehmer fast zur Unmöglichkeit geworden. Jetzt aber türmen sich vor den Betriebsräten fast unüberwindliche Schwierigkeiten auf angesichts der Tatsache, daß das Band- oder Fließsystem grundlegende Änderungen im Produktionsprozeß mit sich bringt. Wird nun ein Betrieb umgestellt, so steht der Betriebsrat, auch wenn er die Produktion des Betriebes bis ins kleinste Detail vor vollständig neuen Dingen, deren Ausmaß abzuschätzen er kaum imstande ist. Seine Mitwirkung bei der Umstellung wird nur dann erfolgreich sein, wenn er die Umstellung der Produktionsmethode in ihren elementarsten Grundzügen erfährt, um gleich mit Hand anlegen zu können dort, wo schwere Gefahren in wirtschaftlicher und hygienischer Hinsicht für die Arbeiterschaft erwachen. Diese Tatsache ist um so mehr gegeben, als die Umstellung in Deutschland das Merkmal eines falsch ausgelegenen Sparsystems in sich trägt, weil eben die Notwendigkeit, konkurrenzfähig zu bleiben, den deutschen Unternehmer nicht

S h l u s s

Die Krisis der faschistischen Wirtschaft

Der italienische Finanzminister **Sturza** hat sich im Ministerrat zu dem jüngst erfolgten jahen **Sturza** geäußert; er erklärte seine ernste Besorgnis für unbegründet, weil das plötzliche Nachgeben der italienischen Valuta seiner Ansicht nach ausschließlich eine Folgeerscheinung umfangreicher Börsenmachenschaften des Auslandes war. Diese Abweisung der Verantwortung für eine unbedeutsame Erscheinung auf das Ausland dürfte aber doch nicht so ganz einwandfrei sein, denn die italienische Wirtschafts- und Finanzlage ist keineswegs so rosig, wie sie sich in den Spalten der Faschistenpresse zu zeigen pflegt. Es ist vor allem die recht ungünstige Entwicklung der Handelsbilanz zu nennen. Selbst die halbamtliche *Agenzia di Roma* bekannte in einer jüngsten Veröffentlichung, daß die italienische Ausfuhr ausgesprochen sinkende Bewegung zeige. Zwar sinkt andererseits auch die Einfuhr, diese aber in geringerem Maße, so daß der Rückgang der Handelsbilanz in ständigem Wachstum ist. In den ersten drei Monaten des Jahres 1926 erreichte die Einfuhr Italiens den Betrag von 6 620 111 750 Lire gegenüber 6 500 043 783 im gleichen Zeitraum des Vorjahres, und die dieser Einfuhr gegenüberstehende Ausfuhr erreichte 1926 3 981 791 108 Lire gegen 4 017 514 870 Lire in der Zeit vom Januar bis März 1925. Es ist lehrreich, die von der halbamtlichen Agentur diesen Zahlen angefügten Erklärungen zu studieren. So wird, um jeder Verunsicherung vorzuzukommen, zunächst auf den derzeitigen allgemeinen Tiefstand der italienischen Wirtschaft hingewiesen, der um so stärker ins Gewicht fallen müsse, als sie auf ein Jahr außergewöhnlicher Geschäftstätigkeit folge. Der Verlust des Vorjahres sei vornehmlich auf die erhöhte Getreidezufuhr zurückzuführen gewesen, während der Bedarf an Auslandsgetreide im laufenden Jahre wegen der reichlichen Ernte des Jahres 1925 wesentlich geringer sein werde. Daß der Verlust trotzdem wieder im Wachstum ist, stellt also einen besonders bösen kritischen Punkt dar. Aber auch andere in der italienischen Zahlungsbilanz wesentlich wirksame Tatsachen werden nach Angabe der Agentur von dem wirtschaftlichen Tiefstand in Mitleidenchaft gezogen, so vor allem der Fremdenverkehr und die Geldsendungen der Ausgewanderten. Die bisher in grenzenlosen rosigem Optimismus verfaßte Regierung läßt die Agentur in Anbetracht dieser Lage versichern, daß sie „alle angezeigten erscheinenden Änderungen im Sinne einer Politik strenger Sammlung“ vorzunehmen gedenke. Wobei es dem Leser überlassen bleibt, sich unter dieser Formel etwas vorzustellen.

Auch das *Bollettino ufficiale dell'Associazione tra organizzazioni economiche* befaßt sich mit dem bedenklichen Sinken der Ausfuhr. Dieses amtliche Blatt der Wirtschaftsverbände sieht die Gründe dafür außer in der allgemeinen klauen Lage der Weltmärkte in der Verschärfung des Wettbewerbs des Auslandes, insbesondere der Staaten mit sinkender Valuta, in zunehmenden Schutzmaßnahmen verschiedener Staaten, die früher willige Abnehmer waren, und schließlich in der Unmöglichkeit, in der sich die italienischen Lieferanten wegen der Verschärfung des italienischen Geldmarktes befinden, ihren Abnehmern jene Zahlungserleichterungen einzuräumen, die so oft die Voraussetzung der Geschäftsabläufe sind.

Der erste der aufgeführten Gründe war bereits Gegenstand einer lebhaften Erörterung in der faschistischen Presse. Die italienischen Industriellen legen der faschistischen Regierung täglich mit der Forderung in den Ohren, die **Schulden** zu erhöhen. Die Erhöhung des französischen Zolltarifs um 30 % gab ihnen Veranlassung, wiederum in allen Ecken die Überlegenheit des autonomen Tarifs über den differenzialen zu befehlen. Diese von den Industriellen so warm empfohlene Waffe ist aber zweifelnd, denn die von den protektionistischen Stellen betroffenen Staaten pflegen sich rasiert und tatkräftig zur Wehr zu setzen, und bei der Eigenart der italienischen Ausführwaren ist es ihnen ein leichtes, dem Gegner schweren Schaden zuzufügen. Die Erhöhung der Zölle für Getreide, Zucker, Papier ist zum Beispiel nicht ohne Gegenwirkung seitens Deutschlands, der Tschechoslowakei, Frankreichs und der Vereinigten Staaten geblieben, und auch England macht bereits Anstalten in diesem Sinne. Übrigens war die italienische Industrie auch bisher schon reichlich durch Zölle geschützt; dieser wohlthätige Schutz aber war ihr nicht ein Ansporn zu freiesprohmem Wettbewerb auf dem Weltmarkt, sondern vielmehr eine Schutzmauer, hinter der man mit ausgezeichnetem Vorteil den Inlandsmarkt bedienen konnte. Aus dem Lager der faschistischen Wirtschaftler klingen deshalb heute den Industriellen manch herbe Kritiken ins Ohr. Bisher waren es die billigen Löhne — abgesehen von Portugal die niedrigsten in Europa — und die lange Arbeitszeit, die die Wettbewerbsfähigkeit der italienischen Industrie aufrechterhielten, dieser Raubbau an der Arbeiterkraft aber stößt ebenfalls bereits auf Schwierigkeiten, denn die Leiter der faschistischen Gewerkschaften, die doch ihre Leute bei der Stange halten müssen, sind voller Bedenken.

Es ist klar, daß der Industrie in dieser verschrobenen Lage

eine Jacke abwärts rutschende Valuta als höchst erstrebenswerter Ausweg aus allen Schwierigkeiten erscheint. Der Finanzminister **Bolpi** macht ernsthafte Anstrengungen, den Geldmarkt in einer gewissen Flüssigkeit zu erhalten. In diesem Sinne war er zum Abbau der Schutzzölle geschritten, um das Spargapital zu lockern, und auch der Notenumlauf ist in dauerndem Wachstum, er ist von 19 871 Millionen im Vorjahre auf heute 20 281 Millionen gestiegen. Diese kleinen Pfaffen aber sind nicht hinreichend, um die Industrie im Sattel zu halten. Deshalb mehren sich in letzter Zeit die Vorstöße von industrieller Seite im Sinne einer **Wertschleunigung** des Notendrucks. Unter mancherlei Verklaulungen sucht man die Regierung durch Vorpiegelung des Wohlwollens einer blühenden Industrie, einer aktiven Handelsbilanz, der Vollbeschäftigung der Arbeiterschaft zu einer ganz kleinen, niedlichen Nachgiebigkeit im inflationistischen Sinne zu verlocken... das übrige wird sich dann schon finden.

Es ist noch sehr dahingestellt, ob die Regierung die Kraft aufbringen wird, auf die Dauer diesem Stromeingang zu widerstehen. Gerade der jüngste Valutasturz könnte in dieser Hinsicht verlockend wirken. Wie leicht wäre es möglich, nun die Valuta nicht wieder zur vorherigen Höhe emporsteigen zu lassen und der Industrie die Ausschöpfung dieser so gewonnenen Spanne zu gestatten. Vor der Kritik der Öffentlichkeit ist man ja dadurch gedeckt, daß der Rückgang der Valuta keineswegs in der ausgezeichnet geführten faschistischen Wirtschaft begründet ist, sondern daß die Schuld einzig und allein auf dem bösen, eigene Stützungsaktionen unternehmenden Auslande lastet. **D. Carnovali.**

Aus Sowjetrußland

Arbeiterkraft und Zeitkontrolle

Im *Trud*, dem Blatt des Zentralrates der Gewerkschaften, vom 15. Mai Nr. 110 finden wir von einem Arbeiter der Fabrik *Dinamo* in Rostow folgende Zuschrift:

In einer Werkstatt sagte ein Arbeiter den Zeitkontrollleur am Morgen und beschimpfte ihn, in einer anderen schleuderte er ihm die Stuhlrollen ins Gesicht und beschimpfte ihn gleichfalls. In dem Bericht des Bevollmächtigten der Abteilung für Werkzeugherstellung wird die feindselige Stimmung der Arbeiter gegen das technische Büro hervorgehoben. Das sind Tatsachen aus den letzten Monaten, und wenn der letztere Zwischenfall stattgefunden hat mit einem Arbeiter von unzureichender Disziplin, so bezieht sich der zweite auf einen allen von allen geachteten Arbeiter. Diese Ereignisse weisen auf den Druck hin, den das technische Büro auf die Arbeiter ausübt. Es ist jedoch zu beachten, daß die Herabsetzung der Lohnsätze keine allgemeine Senkung des Lohnes nach sich gezogen hat. Andererseits erhält auch aus diesen Beschreibungen, daß die Arbeit des technischen Büros und der leitenden Stellen im Werk sich nicht richtig vollzieht. Die Waffe für die Feststellung der Lohnsätze bilden die Zeitmessungen. Bei dem bestehenden System der Zeitmessungen weiß der Arbeiter genau, daß das Erscheinen eines Vertreters des technischen Büros mit der Stoppuhr (die Arbeiter nennen es „Weder“) nach einer Senkung der Lohnsätze riecht, und er ergreift daher sofort entsprechende Maßnahmen. Wenn aber der Arbeiter sehen würde, daß als Ergebnis der Zeitmessungen nicht nur eine Senkung der Lohnsätze, sondern auch eine Verringerung in der Arbeitsorganisation sich ergeben würde, wenn er feststellen könnte, daß auf Grund der Messungen die Zeit verkürzt wird, die für die Material- und Instrumentenausslieferungen erforderlich ist, so wäre sein Verhältnis zum technischen Büro ein besseres. Die leitenden Stellen der Werke sind durchaus unterrichtet über die Stimmung der Arbeiter dem technischen Büro gegenüber und sollten in dieser Beziehung aufklärend wirken. Es besteht eine Entschleunigung, wonach über die Ziele der Zeitkontrolle ein Vortrag gehalten werden soll, jedoch ist diese Entschleunigung auf dem Papier geblieben, und das technische Büro fährt fort, in einer Atmosphäre des Mißtrauens und der Feindseligkeit zu arbeiten. Als Ergebnis hiervon mehren sich die Konfliktsfälle, die höheren Instanzen zur Entscheidung vorgelegt werden.

Umfang der Arbeitslosigkeit

Unter der Überschrift: *Das Problem der Arbeitslosigkeit in der Sowjetunion*, bringt die *„Lorg. Prom. Gaseta“* vom 16. Mai Nr. 110 einige Ausführungen, die Anhaltspunkte bieten für die Beurteilung des Umfangs, den die Arbeitslosigkeit in Rußland aufweist. Die städtische Arbeitslosigkeit hat größeren Umfang angenommen nach Einführung der neuen ökonomischen Politik (Nep) im Jahre 1921 und erreichte etwa im Jahre 1924 1 439 000 eingeschriebene Arbeitslose. Darauf erfolgte eine Abnahme der Arbeitslosen Zahl bis auf etwas über 1 Million in der Gegenwart. Von den Gewerkschaftsmitgliedern waren am 1. Oktober 1924 8,2 % arbeitslos.

Welches sind nun die Ursachen der Arbeitslosigkeit? Wenn man den Zustand des Arbeitsmarktes in der Vorkriegszeit, in der Kriegszeit und in der ersten Zeit der Revolution untersucht, so kommt man zum Schluß, daß die Arbeitslosigkeit ihren Grund hatte in der Demobilisierung der Armeen einerseits und in dem Rückgang der wirtschaftlichen Tätigkeit in der Zeit des Kriegskommunismus (1919 bis Mitte 1921) andererseits. In der Vorkriegszeit hat die Arbeitslosigkeit nur 300 000 bis 400 000 Menschen betragen, wobei der Zuwachs der Stadtbevölkerung auf Kosten des platten Landes etwa 300 000 Mann im Jahr oder 0,3 % der Landbevölkerung betragen haben soll. In der Zeit des Kriegskommunismus fand infolge des Rückgangs der Produktion eine starke Abwanderung aus den Städten auf das Land statt, die insgesamt etwa 6,2 Millionen betragen haben mag. Infolgedessen ging die Arbeitslosigkeit schnell zurück. Der Rückstrom der Landbevölkerung

folgte, indem das aus der Heizung zurückkommende und bis auf 60 Grad Celsius abgekühlte Wasser zunächst im Apparat aufsteigt, in welchem die Kondenswärme ausgenutzt wird. Von hier aus wird das Wasser dem Kühlapparat für überhitzten Dampf zugeführt, um endlich in dem Sattdampfapparat auf 125 Grad erwärmt zu werden.

Zur Umwandlung des Wassers sind 3 Turbopumpen aufgestellt, und zwar 1 Pumpe für die gesamte Leistung und 2 Pumpen für je halbe Leistung. Sie werden mit Dampf von 5 Atmosphären Spannung angetrieben, der Abdampf dieser Pumpen wird zur Erwärmerung des Heizwassers in den Gegenstromapparaten ausgenutzt. Auf einer Schalttafel sind Meßinstrumente montiert, welche die zur Kontrolle notwendigen Aufzeichnungen auftragen. Die einzelnen Meßinstrumente sind bestimmt für:

1. den Dampfverbrauch durch Messen der Kondensatmenge;
2. den Dampfdruck;
3. die Dampftemperaturen;
4. die Kondensattemperaturen;
5. die umgewälzten Heizwassermengen;
6. die Vorlauftemperaturen bis zu 125 Grad Celsius;
7. die Rücklauftemperaturen;
8. die Lufttemperaturen.

Fernleitungen

Die Fernleitungen sind als Dreileiter ausgebildet. Die mittlere Hochleitung kann als Reserve für den Vorlauf und Rücklauf eingeschaltet werden. Der stärkste Rohrdurchmesser beträgt 228 mm. Die Rohre liegen fast durchweg in unbeherrschbaren Rändern und sind mit einer 6 cm starken Isolierschicht aus gebranntem Kieselsulfid und mit Keropapier umhüllt. Nur ein Teil des Kanals, und zwar von der Zentrale bis zum ersten Gebäudeanschluß ist begehbar ausgepflastert worden. Im übrigen sind nur für die einzelnen Anschlußstationen und für die in die Fernleitungen eingebauten Hochdröhen, welche die Wärmeabfuhrung der Hochleitung aufnehmen sollen, Einsteigeöffnungen vorgesehen.

in die Städte in der Zeit der neuen ökonomischen Politik war anfangs nicht so stark, daß hierdurch eine große Arbeitslosigkeit hervorgerufen worden wäre.

Zum Schluß werden Betrachtungen darüber angestellt, daß für die weitere Entwicklung der russischen Industrie in einer fünfjährigen Zeitspanne etwa 3 Millionen Menschen neue Verwendung finden können, so daß am Schluß dieser Zeit die Arbeitslosigkeit auf rund 204 000 zurückgegangen sein werde. Die Zunahme der Aufnahmefähigkeit der Landwirtschaft werde auch die relative Überbevölkerung auf dem platten Lande beseitigen und damit die ländlichen Reserven an Arbeitskraft vermindern.

Die 8. Internationale Arbeitskonferenz

Auf der am 26. Mai eröffneten 8. Arbeitskonferenz waren 57 Staaten vertreten. Von den 129 Vertretern gehören 88 europäischen Staaten an, 28 kamen aus Amerika, 11 aus Asien, 4 aus Afrika und 3 aus Australien. Außer diesen 129 Delegierten sind 6 Stellvertreter und 101 technische Berater auf der Konferenz anwesend gewesen. Im ganzen sind es 238 Vertreter, die gemäß § 389 des Friedensvertrages von Versailles an den Verhandlungen teilnahmen. Sechs Länder haben unvollständige Delegationen, die nur aus Regierungsvertretern bestehen, entsandt. Es sind das China, Litauen, Peru, Rumänien, Siam und Uruguay. Neunzehn der nicht vertretenen Staaten haben seit Gründung der Internationalen Arbeitskommission bis April 1926 kein Abkommen angenommen. Es handelt sich aber größtenteils um Länder, die wenig bevölkert sind und eine schlecht entwickelte oder gar keine Industrie haben.

Zum Vorsitzenden der Konferenz wurde der Leiter der niederländischen Abordnung, **Steno**, gewählt. Auf der Tagesordnung stand nur die Frage der Vereinfachung der Aufsicht über die Auswanderer an Bord der Schiffe. Nach den Feststellungen des Internationalen Arbeitsamtes trugen an 900 000 Auswanderer jährlich den Ozean. Die vom Internationalen Arbeitsamt eingesetzte Wanderungskommission, die im Laufe der Zeit der Mittelpunkt aller Erhebungen und Fragen, die sich mit den Auswanderungsfragen befassen, geworden ist, und der ebenfalls eingesetzte Flüchtlingsdienst des Amtes schienen hervorragend geeignet, die Regierung einzuladen, über die Notwendigkeit der Auswanderungskontrolle zu verhandeln. Die Zuständigkeit der Arbeitskonferenz für diese Frage wurde auf der Tagung von den Unternehmern stark umstritten. Suedden (Großbritannien) stellte daher den Antrag, diese Frage nicht zu beraten. Der Antrag wurde mit 77 Stimmen gegen 28 abgelehnt. Nach längeren Verhandlungen wurde ein Abkommen über die Auswandererkontrolle angenommen.

Weiter hat der Verwaltungsrat des Arbeitsamtes beschlossen, eine Untersuchung über die Arbeitsbedingungen der **Ergebnen** vorzunehmen. Dieser Beschluß wurde von der Konferenz lebhaft begrüßt und der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß die Arbeiten des eingeleiteten Sachverständigenausschusses bis zur Konferenz von 1927 soweit fertiggestellt sein könnten, daß der Konferenz ein Bericht vorgelegt werden könne. Von Indien wurde eine Entschleunigung vorgelegt, welche die Einrichtung eines besonderen Korrespondenzbüros in Indien fordert. Auch diese Entschleunigung wurde einstimmig angenommen. **Müller** (Deutschland) brachte einen Abänderungsvorschlag ein zu dem Abkommensentwurf über die Arbeitslosigkeit, demzufolge die Regierungen Maßnahmen treffen sollen, um die Arbeitsvermittlung für ausländische Arbeiter nur durch öffentliche Einrichtungen oder Organisationen ohne Gewinnabsicht unter Aufsicht der Behörden und im Einverständnis mit den Arbeitgeber- und Arbeiterverbänden erfolgen zu lassen. Sein Vorschlag wurde ebenfalls angenommen.

Die Auswirkung des Kohlenpreises auf die englische Industrie. Der britische Kohlenpreis ist von nachhaltigem Einfluß auf alle Zweige des Wirtschaftslebens, entzieht er diesem doch den wichtigsten Stoff. Die noch vorhandenen Kohlenvorräte sind in den meisten Gegenden nicht unbedeutlich und sie ermöglichen bei der gegenwärtigen sparsamen Verwendung eine Weiterproduktion teilweise bis zu vier Wochen. Auch in den Häfen liegen noch ursprünglich für die Schiffe bestimmte Kohlenmengen, die jedoch sehr zum Teil in den Häfen an die Schiffe abgegeben werden. Fremde Schiffe werden nur für die Weiterfahrt bis zum nächsten Hafen ausgerüstet. Zum Teil werden diese Lager durch Kohlenlieferungen vom Festlande ergänzt. Jedoch sind die Kohlenpreise beträchtlich in die Höhe gegangen. Viele wichtige Aufträge gehen in dieser Zeit der britischen Kohlenindustrie an ihre Wettbewerber verloren, zum Beispiel bestellten sich die portugiesischen Eisenbahnen 15 000 Tonnen Kohlen in Deutschland und Amerika, die südamerikanischen Eisenbahnen 50 000 Tonnen in Amerika, die sonst England geliefert hätte. Die wichtigste Wirkung des Kohlenpreises ist die völlige Stilllegung der britischen Eisenindustrie, für die die nötigen Kohlenmengen nicht beschafft werden können. Was die anderen Industrien anbelangt, so können sie zum Teil noch mit den vorhandenen Vorräten arbeiten. Teilweise tritt auch Ölfeuerung an Stelle der Kohle. Aber da die völlige Einstellung der Produktion aus Kohlenmangel doch befürchtet wird, dessen sich die Produzenten nur für ganz kurze Zeit mit Rohmaterialien ein. Es herrscht daher allgemeine Zurückhaltung bei den Käufern, das Geschäftsleben pulsiert nur langsam. Deshalb ist auch die Nachfrage nach Auslandswaren äußerst schwach. Zudem sind Ein- und Verkauf behindert durch die Einschränkung der Transportmöglichkeiten. Die durch die Kohlenpreiserhöhung verursachte Produktionsverknüpfung bringt ein Moment der Unsicherheit in die Preisberechnung, das gleichfalls zur Einschränkung der Kaufabschlüsse beiträgt. Nur einzelne Industrien sind daher noch vollbeschäftigt, so zum Beispiel die Spinnereien von Boston, sehr viele Gewerbegebiete aber arbeiten gekürzt.

Bezahlter Urlaub in Luxemburg. Die luxemburgische Kammer hat einen Antrag angenommen, wonach alle Industriebetriebe ihren Arbeitern jährlich 12 Tage bezahlten Urlaub gewähren müssen.

Wirtschaftlichkeit

Nachstehend sei noch kurz die Wirtschaftlichkeit eines Fernheizwerkes erläutert. Die Herstellungskosten sind bei der Gegenüberstellung von Fernheizbetrieb und Einzelheizung unberücksichtigt geblieben, es sind nur die Ersparnisse an reinen Brennstoffkosten errechnet.

Bei — 20 Grad Celsius Außentemperatur betragen die Wärmeverluste der zu beheizenden Gebäude um 10 000 000 Wärmeeinheiten jährlich. Der Koksverbrauch für diese Gebäude errechnet sich dann bei Einzelheizungen, wenn eine mittlere Wintertemperatur von ± 0 Grad Celsius angenommen wird, wie folgt: Die stündliche Wärmemenge beträgt:

$$\frac{10000000 \cdot 20}{24} = 8333333 \text{ WE}$$

Nun gibt 1 kg Koks 4000 WE in der Stunde ab, es sind also erforderlich $\frac{8333333}{4000} = 2083$ kg Koks. Bei einem durchschnittlichen Heizbetrieb von 200 Tagen jährlich und 8 Stunden täglich beträgt der Koksverbrauch jährlich $8 \cdot 200 \cdot 2083 = 3332800$ kg.

Bei einem heutigen Kokspreis von 4,16 M für 100 kg Koks sind jährlich 83200 M für Brennstoffe aufzuwenden.

Bei der Beheizung dieser Gebäude durch das Fernheizwerk mit Dampf entstehen folgende Kosten: Aus 1 kg Dampf können 583 WE nutzbar gemacht werden, in der Stunde werden erforderlich:

$$\frac{8333333}{583} = 1429388 \text{ kg Dampf}$$

Bei derselben achtstündigen Betriebszeit und 200 Heiztagen sind $8 \cdot 200 \cdot 1429388 = 2327020800$ kg Dampf notwendig. Bei einem Dampfpreis von 5 M für 1000 kg Dampf kostet die Heizung jährlich 68640 M .

Bei der Fernheizung werden also an Brennstoffkosten allein 14560 M jährlich gespart. Gering kommen noch die Ersparnisse an Bedienung, Schlackenabfuhr usw.

Nun genügt ja die Errechnung der Brennstoffersparnisse allein nicht, es müssen auch die Anlagekosten für Hochleitungen, Anschlüsse usw. den Anlagekosten bei Einzelheizungsanlagen gegenübergestellt werden, um ein klares Bild über die Wirtschaftlichkeit zu erhalten.

Die künftige Erweiterung des Fernheizwerkes Charlottenburg sieht noch eine dritte Fernleitung vor, durch die aus der Heizentrale Dampf von 2 Atmosphären bezw. 8 Atmosphären Überdruck gesandt werden soll, um die in der Kollabadeanstalt und im Deutschen Opernhaus vorhandenen Dampfmaschinen, die zum Betriebe von Pumpen bestimmt sind, anzutreiben. Der Abdampf dieser Maschinen wird dann ebenfalls zur Heizung ausgenutzt. Der Dampf von 2 Atmosphären Überdruck soll unmittelbar für die Dampfheizungen dienen. Die neu vorgesehene Gebäude werden voraussichtlich im Oktober 1926 an das Heizwerk angeschlossen werden.

Die für diese Erweiterung aufzuwendenden Anlagekosten verzinzen sich infolge der Ersparnisse an Betriebskosten zu rund 15 % jährlich. Das Neufällner Fernheizwerk wurde im Jahre 1920 errichtet und ist ebenso wie das Charlottenburger Werk für eine Fernwärmepumpenheizung gebaut. Das Werk versorgt bereits öffentliche und private Gebäude mit Wärme. Die in diesen Gebäuden vorhandenen Schwerekraftwärmepumpenheizungen, die durch die Gewichtsdifferenz zwischen dem Wasser in der Vorlauf- und Rücklaufleitung arbeiten, sind ohne weiteres an die Fernwärmepumpenheizung, wie bei dem Charlottenburger Werk, durch eine Mischanlage angeschlossen worden.

Die Wärmepumpenheizentrale wurde in dem jetzt stillgelegten Elektrizitätswerk Neufälln errichtet. Der Dampf wird von 3 Hochdruckdampfesseln von je 400 qm Heizfläche mit 14 Atmosphären Überdruck und 350 Grad Celsius Überhitzungsleistung nach dem im Rohrinnenhaus befindlichen 8 Gegenstromwärmer, die zu je 2 in 4 Gruppen aufgestellt sind, geleitet. Da der überhitzte Dampf von 350 Grad Celsius nur einen verhältnismäßig geringen Wärmehalt besitzt und sich deshalb nicht für indirekte Wassererwärmung eignet, so wird er zunächst in einen Gegenstromapparat geleitet, in welchem der Dampf auf Sättigungstemperatur von circa 143 Grad Celsius abgekühlt wird. Er wird dann weiter 2 Doppelapparaten zugeführt, in welchen dem Dampf die Verdampfungswärme entzogen wird. Das Kondensat fließt nun unter entsprechendem Druck einem weiteren Doppelapparat zu, in welchem die Abkühlung auf 75 Grad Celsius erfolgt. Die Erhitzung des Heizwassers geschieht in umgekehrter Reihen-

Kopffsteuer für die Fürsten

Vom Volkstentseid trennen uns noch zwei Tage. Wie immer er auch ausgehen mag, die Republikaner können mit ihm zufrieden sein. Denn er hat zu einer Aufklärungsarbeit Anlaß gegeben, wie sie nicht dringlicher und ertragreicher sein kann. Die Monarchie wurde des Plummerschmages, die Fürsten ihres Glorienscheines vollends entkleidet. Beide stehen nun vor den Augen aller des letzten Dorfbewohners in ihrer unverbrämten Wirklichkeit, die eine als ein Instrument der Unterdrückung und der Mißthat, die andere als armelige Kreaturen, die das höchste Glück, das ihnen als gnädiges Schicksal gelassen, zur persönlichen Bereicherung und zu verbrecherischen Dummheiten mißbrauchen. Man kann heute getrost sagen, daß in Deutschland die Monarchie und ihre Anhängen, nachdem sie gesetzlich beseitigt, nun auch moralisch eingestürzt sind.

Wie nicht anders zu erwarten, stellen sich alle die schließend vor das uneheliche Gut der Fürsten, die von der Arbeit anderer leben. Da sind zum Beispiel verschiedene kirchliche Oberhirten, die sich erklären, die Wiederaufnahme des von den Fürsten angelegenen Volksgutes verstoße wider das — christliche Gebot; die Unternehmerpresse ihrerseits verblendet, die Fürstentumgebung gestörte die Grundlage der Gesellschaft, das Privateigentum.

Mit der himmlischen Meinung der kirchlichen Oberhirten brauchen wir uns hier nicht zu befassen, denn das geschieht von ihrer Gefolgschaft viel nachdrücklicher, als wir es zu tun vermöchten. Die guten Oberhirten werden aus ihrer Herde heraus gejagt, warum sie ausgerechnet erst jetzt mit dem christlichen Gebot kämen, wo es sich um die Wiederaufnahme des von den millionenschweren Fürsten eingestaketen Volksgutes handelt — warum sie mit dem christlichen Gebot nicht gekommen seien, als die Fürsten ihre Untertanen veräußerten, die Kirchenbücher stahlen, die Bauern legten, als das Ebenbild Gottes millionenfach gemordet, als ein ganzes Volk von den großen Deutelschneidern durch die Inflation gebrandschagt, als zahlreiche Frauen und Kinder von den Brotwucherern ausgehungert wurden? Die Paphlosigkeit eines solchen Zwiegesprächs zwischen kirchenschristlicher Hirtenhaft und Herde wird, wie wir hoffen wollen, niemand bestreiten, und auch nicht, daß die Republikaner um den Ausgang des Zwiegesprächs unbesorgt sein können.

Zu den kirchlichen Oberhirten als Fürstendiener reißen sich die Industriellen. Gewiß nicht alle, denn es gibt auch in der deutschen Unternehmerwelt noch Leute, die nicht mit dem Hinterteil in die Zukunft schauen. Wie gesagt, nicht alle Unternehmer, wohl aber der Vorherrschende der Arbeitgeberverbände, Herr v. Borjig. Dieser Herr hat von seinem Vorfahren ein langweiliges Geschäft, einen weltweiten Ruf und einen Namen mit fast demokratischem Klang geerbt. Zur Wehrung des von den Vätern ererbten Gutes langt dem heutigen Herrn v. Borjig das Zeug nicht, wohl aber reicht es bei ihm zum Verstum. Und daß er es hierin weit gebracht hat, wird auch in seinen Streifen nicht angezweifelt. Der großen Öffentlichkeit wurde er erst eigentlich durch die 5000 A bekannt, die aus der Kasse der Arbeitgeberverbände, deren Vorsitzender Herr v. Borjig ist, den Fernwanderern gesendet worden sind. Der Finanzreifen und seinen Arbeitern kam er schon in Erinnerung durch den Gang seines Geschäftes. Und seinen Standesgenossen machte er sich am 5. Juni bekannt durch ein Rundschreiben, worin er von ihnen einen Beitrag von mindestens 20 Pf. je Kopf des beschäftigten Arbeiters währte, um dem Volkstentseid über die Fürstentumgebung entgegenzuwirken zu können.

Also mindestens 20 Pf. je Arbeiter soll jeder Unternehmer entrichten, um den Fürsten und ihren Mänteln die Milliardenbände zu sichern. Wir wissen nun zwar, daß es nicht an Fabrikanten fehlt, die den Damm auf den Damm halten werden; aber außer ihnen wird es noch viele geben, die die Schornsteine mit klingender Klinge beanstanden werden, das, weil sie sich sagen, daß die Sache der gekündeten Richter in ihrer eigenen Sache ist. Ausbeuter und die Schenker im Garten des Gottesgarden sind ja Fleisch vom gleichen Fleisch. Beide nehmen und nehmen aus den Taschen anderer, was sie brauchen. Die Ausbeuter fügen sich, wenn den Fürsten die ungeheuren Summen erhalten bleiben, davon laufend hohe Beiträge für die Wiedererrichtung der Monarchie und des Militarismus verwendet werden. An der Wiederherstellung der Monarchie und des Militarismus natürlich außer viel gelegen. Es braucht heute, sei es, um die Arbeiterschaft in Unterdrückung und Hoffnungslosigkeit zu halten, sei es, um fernschien in noch höheren Ränge aufsteigender Aufträge, Gesetzesentwürfe, Steuererhöhungen, Fülle und anderes mehr sicher zu sein.

Die gleiche Erwägung hat ja schon seit Jahr und Tag die sonst so kinderliche Hände Geld in Fülle für das Landstreichern, für Verbrechen an der Republik, für Missetaten an Demokratie und für den Fernwandel herben lassen. Nur wenn ehrliebe Arbeiter um Aufrechterhaltung ihrer Hungerlöhne einmünden oder wenn es sich um die Überwasserhaltung der Opfer des Krieges und der Wirtschaftskrise handelt oder wenn hungernde Frauen und Kinder gepeißt werden sollen, dann ist es mit der Freigebigkeit der Ausbeuter zu Ende. Dann schließen sie lieber die Hände — denn sie haben ja zu leben! —, jagen denn die brennenden Massen an und fordern Steuererhöhungen. Natürlich fordern sie auch industriellen Patrioten den armen Fürsten, die bekanntlich samtlich zum Stempel gehen, eine staubesgemäße Lebenshaltung führen, haben sie sie aus eigener Tasche unterhalten. Doch dergleichen liegt diesen patriotischen Gemütskranke ganz und gar nicht. Sie lassen auch in diesem Falle lieber die anderen zahlen.

Summezu möchte man meinen, daß der Teil der deutschen Arbeiterschaft, der über die Stunde hinweg zu leben vermag, sich sagen möchte, daß Herr v. Borjigs Schornsteine für die Fürsten selbst vom Unternehmerstandpunkte etwas nützlich sei. Denn wenn nicht heute, so möchte morgen die Bedingung zwischen Volk und Monarchie endgültig beseitigt werden. Je eher das geschieht, desto besser, auch für die wichtigsten Belange des Unternehmertums. Aus der päpstlichen Erklärung, die der Streit zwischen Monarchie und Republik gebiert, müssen auch die geschäftlichen Interessen der Fürsten erwachsen. Es liegt zu demnach, daß die Regierung der Streikfrage sich nie wieder so häufig für Wirtschaft, Staatserhaltung und kapitalistische Gesellschaft machen lassen wird, wie heute. Das ungeheure Geschäft der letzten Jahrzehnte läßt sich nun einmal nicht ungeheurer machen. So wenig wie sich die Fürsten nach ihrer Quelle hin leben lassen, so wenig läßt sich die Arbeiterschaft, die das Opfer des ungeheuren, von der Monarchie und ihrer Anhängen angelegten Unheils war, wieder in die alte monarchische Staatsordnung zurückversetzen. Und ein nicht ganz harmloses Unternehmertum wird nun seiner selbst willen alles unterlassen, was das Staatsregiment über diese kapitalistische Zeit erlassen kann.

So möchte, so wird der weitestgehende Teil der Arbeiterschaft denken und handeln. Aber Herr v. Borjig, der Sohn des Reiches, und sein Kreis sehen außerhalb dieses Kreises. Diese besprechen sich nicht von der Zukunft, sondern eher von der Vergangenheit. Darum wollen sie den monarchischen Staat zurückgeben. Darum können sie nur Mittel für die Erhaltung der kirchlichen Herrschaft, Erziehung, Krieg, die ihnen Dienst verleiht haben! Nun mag sie behagen, aber was kann sich nicht bei ihnen einstellen.

Beziehungen bei Metallarbeiten. Arbeiter und Arbeitgeber, die von ihren Betrieben auf Montage geschickt werden, erhalten meistens die Kosten für die hiesige Gesundheitsversicherung bezahlt. Nachfolgend ist aus dieser Zeit der Vergütung des Einzelnen zum Arbeitslohn unterworfen gewesen. Demgegenüber wird darauf hingewiesen, daß sich die Reichsversicherungsanstalt durch Bescheid vom 21. Januar 1924 (III C 2 160) und vom 2. Mai 1925 (IV C 1 180) damit einverstanden erklärt hat, daß diese in der Regel mit Anrechnung der geltenden Kosten zum Arbeitslohn freizustellen seien. Einzigartig für doppelte Gesundheitsversicherung sind als Dienstverhältnisse anzusehen, die nach § 36 Abs. 2 des Einkommensteuergesetzes nicht zum Arbeitslohn gehören und daher ohne Abzug angesetzt sind. Jedoch dürfte je nach der örtlichen Verhältnisse ein entsprechendes Befreiungswort nicht übersehen. Ferner kann bei entsprechenden Umständen an Befreiung unter Orts-Einkommensteuern bis 11,50 A (an anderen Orten bis 8 A) in Anspruch genommen werden.

Alwin Brandes sechzig Jahre alt

Am 12. Juni feierte unser Kollege Alwin Brandes sein 60. Wiegenfest. Er wurde 1866 in Groß-Södnau in Sachsen geboren, kam als junger Schüler nach Magdeburg, wo er sich in der Arbeiterbewegung bald eifrig betätigte. Dann seines Eifers wurde er 1900 von den Magdeburger Kollegen als Geschäftsführer erlesen. Auf unseren Verbandstagen und den Gewerkschaftskongressen zählte er vielfach zu den Abgeordneten, den letzten Kongress des ADGB hat er als Vorsitzender geleitet. Unser Stuttgarter Verbandstag wählte ihn mit zum Vorsitzenden des Verbandes. Mit seiner reichen Tätigkeit in der Gewerkschaftsbewegung war Brandes Arbeit noch lange nicht erschöpft. Solange er in Magdeburg war, gehörte er dem Stadtverordnetenkollegium an, von 1912 bis 1924 vertrat er den Halberstädter, später den Magdeburger Wahlkreis im Reichstag. Diese langen Angaben geben natürlich nur ein sehr schwaches Bild von seiner jahrzehntelangen unermüdbaren Tätigkeit. Denn er hat auch, wie genugsam bekannt, in einer schier unermesslichen Fülle von Versammlungen und Verhandlungen für die Arbeiterschaft gewirkt. Daß hierin noch lange keine Abschwächung eintritt, läßt die erfreuliche Frische des Sechzigjährigen ohne weiteres annehmen. Der langen Reihe seiner Gratulanten schließen auch wir uns an und wünschen, daß es ihm noch lange vergönnt sein möge, das Werk fortzusetzen, dem er von früher Jugend an dient.

Jubiläumsfeier unserer Verwaltungsstelle in Sorge

Am 6. Juni feierte in Anwesenheit fast aller Mitglieder die Verwaltungsstelle Sorge ihr 25jähriges Bestehen. Gleichzeitige wurden die Verbandssubulare geehrt. Am 1. Mai 1901 traten die in den Partzen Werken beschäftigten Metallarbeiter zusammen, um sich dem Deutschen Metallarbeiter-Verband anzuschließen. 40 Mitglieder konnten bei der Gründung gemustert werden, eine Zahl, die sich von Jahr zu Jahr vergrößerte, so daß heute trotz Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit 260 Mitglieder in der Verwaltungsstelle Sorge vorhanden sind. Die Sorgen Metallarbeiter scheuten nie Mühe und Opfer, wenn es galt, die Forderungen des Verbandes hochzuhalten. Im Jahre 1903 war ein Streik von 21 Wochen notwendig, um die Lebenshaltung der Sorgen Metallarbeiter den Verhältnissen anzupassen. 4 Jahre später, 1907, wurde ein Streik von 7 Wochen geführt. Trotzdem während dieses Streiks von der damaligen Braunschweiger Regierung der Belagerungsstatus verhängt war und zwei streikende Kollegen, weil sie nach Ansicht des Gerichtes gegen den § 153 der Gewerbeordnung verstoßen hatten, ein Vierteljahr ins Gefängnis wandern mußten, konnte auch dieser Streik mit Erfolg beendet werden.

Im Auftrage der Bezirksleitung Hannover begrüßte der Bezirksleiter Lortz die 32 Jubilare. Er sprach ihnen im Namen des Vorstandes und der Bezirksleitung die warmste Anerkennung aus für ihre dem Verbands geleisteten Dienste. Mit herzlichen Worten überreichte Redner den einzelnen Jubilaren eine von der Verwaltungsstelle Sorge gestiftete Ehrenurkunde. Im Namen der Jubilare sprach dann der Kollege Hans Knab den Dank der Jubilare für die erwiesene Ehrung aus mit der Aufforderung an die Jubilare, nach wie vor für den DMS zu wirken und den jüngeren Kollegen mit gutem Beispiel voranzugehen. Mit dem Wunsch, daß die Jubilare noch lange in der Mitte ihrer Kollegen weilen mögen, schloß dann der Bevollmächtigte Kollege Pfeiffer die wohlgeleitete Feier. Bei Musik und Lang blieben die Versammelten noch einige Stunden zusammen.

Der Speisezettel des Reichsgesundheitsamtes

In der Reichsgesundheitswoche hat das Reichsgesundheitsamt einen Musterpeisezettel für einen städtischen Haushalt herausgegeben, der zwei Frühstücke, Mittag, Vesper und Abendbrot enthält. Das war recht loblich. Nicht weniger loblich ist es, wie die B. a. M. berichtet, daß das Blatt der Deutschen Postgewerkschaft sich die Mühe nimmt, die Kosten der auf dem amtlichen Musterpeisezettel angeführten Mahlzeiten zu berechnen. Hierdurch wird es augenscheinlich, was nach dem Reichsgesundheitsamt ein Haushalt an Nahrung mindestens braucht und was das Einkommen gefaltet. Die Zusammenstellung des Gewerkschaftsblattes ergibt folgendes Bild:

1. Frühstück, 7 mal 60 A =	4,20 A
2. Frühstück, 7 mal 1,25 A =	8,75 A
Vesper, 7 mal 20 A =	1,40 A
Mittagsessen	11,72 A
Abendbrot	7,63 A
Getränke	1,40 A
35,10 A	

Demnach kostet die Nahrung, die der Musterpeisezettel des Reichsgesundheitsamtes für nötig hält, 35,10 A die Woche ohne Anrechnung der anderen Ausgaben, über die es in den „praktischen Binden für die Ernährung“ am Schluß heißt: „Kund die Hälfte und mehr der Gesamtausgaben wird für die Beschaffung der Ernährung benötigt, das heißt also, es gehört ein wöchentliches Einkommen von etwa 70 A dazu, um so zu leben, wie es das Reichsgesundheitsamt angibt. Einzigartig Kost der Woche! Wieviel Arbeiter aber ertragen sich eines solchen Verdienstes? Hat jemals der Reichsarbeitsminister, wenn er einen Spruch zu fällen hatte, den Satz von 70 A zur Grundlage genommen? Ohne einen solchen Lohn oder ist natürlich der Musterpeisezettel des Gesundheitsamtes kaum mehr als Papierbergendung, es sei denn, es erweitert seine Wink für Ernährung zu Winken für die Ernährung des Reichsarbeitsministers an. Jedenfalls sollten unsere Kollegen den Musterpeisezettel mit der Berechnung für alle Fälle sorgfältig aufbewahren.

Unfälle und Arbeitszeit

Daß die Zahl der Unfälle auch von der Länge der Arbeitszeit und der Panzer mitbestimmt wird, braucht an dieser Stelle nicht erst bewiesen werden. Doch kann es nicht schaden, immer und immer wieder darauf hinzuweisen. Zahlreiches Material zu dieser Frage finden wir in der Nr. 24 der Reichsarbeiter-Zeitung. In dem Aufsatz über Arbeitszeit und Arbeitspanzer lesen wir u. a.: Die Arbeitszeit und Unfallhäufigkeit bei verschiedenen langer Arbeitszeit in einer Generatorkonstruktion des Reichsbundes betrug bei achtstündiger Arbeitszeit: 46 Unfälle auf 100 000 Arbeiter-Arbeitsstunden, bei zehnstündiger Arbeitszeit (dagegen am 21. Juli 1924): 104 Unfälle auf 100 000 Arbeiter-Arbeitsstunden. Die Zahl der Erkrankungen betrug bei achtstündiger Arbeitszeit 15 auf 10 000 Arbeiter-Arbeitsstunden, bei zehnstündiger Arbeitszeit 45 auf 10 000 Arbeiter-Arbeitsstunden. Wie sehr die Unfallhäufigkeit mit der Länge der Arbeitszeit zunimmt, beweisen auch die Zahlen einer amerikanischen Kommission. Der Verlauf der Unfälle in der ersten, zweiten, dritten usw. bis zur zehnten Arbeitsstunde betrug in Stunden:

Arbeitsstunde	1	2	3	4	5	Mittags	6	7	8	9	10
Unfälle	55	88	100	116	97	pause	78	96	110	125	150

Wie sehr die Entfernung zwischen Wohnung und Arbeitsstätte (Erkundung) von Einfluß auf die Unfallhäufigkeit ist, ergibt sich aus folgenden (Arbeiter einer Waggonfabrik in Krümmen bei Heilbronn):

Arbeiter, die am Fabrikort wohnen	2,5
Arbeiter, die im Nachbarort wohnen	4,8
Arbeiter, die in entfernten Orten wohnen und die Eisenbahn benutzen	6,3
Arbeiter, die bis zur nächsten Bahnstation mehr als 40 Minuten zu gehen haben	13,5

Denn letzteres Beispiel wird auch die Wohnungsfrage sehr kurz berührt. Darum ergibt sich, daß die Gewerkschaften mit allen Mitteln die Frage des billigen Wohnungsbaus fördern müssen. In der Deutschen Wohnungsfrage Nr. 6 für Besatzte, Angehörte und Arbeiter ist der Wohnung genandt. Der Schlag von allem: Kampf für Verkürzung der Arbeitszeit.

Kollegen! Seht keis dafür, daß die von der organisierten Arbeiterschaft ins Leben gerufene Volksfürsorge

Volksfürsorge-Vereinsarbeit, Freitag 5. Abend eingeleitet wird. Arbeit auch bei derselben als Mitarbeiter und fordert weitere Ausbreitung.

Betriebsunfälle und Schadenersatzpflicht

Bei der heutigen Gehjagd in den Betrieben — die Unternehmer nennen es „Nationalisierung“ — ereignen sich häufig Unfälle, die sich hätten vermeiden lassen, wenn der Unternehmer oder seine Auftragneher es nicht an der notwendigen Aufmerksamkeit und der Beachtung der Unfallverhütungsvorschriften hätten fehlen lassen. Die Verletzten erhalten dann von der Unfallversicherung eine geringe Rente, die Angehörigen eine noch geringere Hinterbliebenenrente. Ist die Verletzung nun eine schwere oder führt sie zum Tode, haben die Rentenempfänger den durchaus verständlichen Wunsch, den Unternehmer oder den verantwortlichen Vertreter für den ihnen entstandenen Schaden haftbar zu machen. Leider sind hier Klagen völlig aussichtslos, weil das bestehende Recht auf Grund der §§ 898 und 899 ABG den Unternehmer oder seinen verantwortlichen Vertreter von jedem Schadenersatz entbindet, es sei denn, daß der Betriebsunfall vorwiegend von ihnen verschuldet wurde. Dieser Nachweis ist durch strafgerichtliches Urteil festgestellt sein muß. Der § 898 des Reichsversicherungsordnung lautet:

„Der Unternehmer ist Versicherten und deren Hinterbliebenen auch wenn sie keinen Anspruch auf Rente haben, nach anderen gesetzlichen Vorschriften zum Ersatz des Schadens, den ein Unfall bei dem in den §§ 544 und 546 bezeichneten Art (Betriebsunfälle) verursacht hat, nur dann verpflichtet, wenn strafgerichtliches festgestellt worden ist, daß er den Unfall vorwiegend herbeigeführt hat.“

Dann beschränkt sich die Verbindlichkeit des Unternehmers auf den Betrag, um den die die Entschädigung aus der Unfallversicherung übersteigt.“

Im § 899 ABG heißt es bezüglich der Vertreter:

„Das gleiche gilt für Geschäftsprücker, Beschäftigte und ihre Hinterbliebenen gegen Bevollmächtigte oder Repräsentanten des Unternehmers und gegen Betriebs- und Arbeiteraufseher.“

Mit den Worten „nach anderen gesetzlichen Vorschriften“ ist gemeint der § 823 des Bürgerlichen Gesetzbuches, der von unerlaubten Handlungen und dem Ersatz des daraus entstehenden Schadens handelt. Durch die oben angeführten Vorschriften der RVO sind die Bestimmungen des BGB außer Kraft gesetzt. Es kann also ein Schadenersatzklage nur dann eingeleitet werden, wenn strafgerichtliches festgestellt wurde, daß der Unternehmer oder sein Vertreter den Betriebsunfall „vorwiegend“ herbeigeführt haben. Selbst eine auf Grund des Strafgesetzbuches erfolgte Verurteilung wegen fahrlässiger Körperverletzung oder Tötung bietet zur Einleitung einer Schadenersatzklage keine Aussicht auf Erfolg.

Die Unfallversicherung ist mehr eine Unternehmer- als eine Arbeiterversicherung. Die oben herangezogenen §§ 898 und 899 ABG sind nur zu geeignet, den Unternehmer für das Leben und die Gesundheit „seiner“ Arbeiter gleichgültig zu stimmen.

Monopolisierung eines Gewerbezweiges durch das Auslandskapital. In der Nupnagelfabrikation bestand bisher neben der Firma Mustab in Bergedorf als maßgebendes Unternehmen auch noch die Firma Möller & Schreiber in Eberswalde. Nunmehr wird bekannt, daß die Firma Mustab das letztere Unternehmen aufgekauft hat. Das wäre nichts außergewöhnliches, wenn die Firma Mustab nicht eine ausländische Firma wäre, die in Norwegen ihren Sitz hat. Außerdem hat Mustab das bedeutendste Werk dieser Branche in Österreich aufgekauft. Auch in Schweden beherrscht diese Firma fast die gesamte Produktion an Nupnägeln. Durch den Ankauf der Firma Möller & Schreiber liegen nunmehr 85 v. H. der deutschen Nupnagelfabrikation bei einem unter a u s t r i a b i s c h e r Kontrolle stehenden Unternehmen. In der Gesamtproduktion Europas dürfte es nicht anders sein, nämlich daß die norwegische Firma Mustab den Markt beherrscht. Auch ein Zeichen der Zeit und ein Beispiel dafür, wie die gegenseitige Durchdringung der in- und ausländischen Industrien Platz greift.

Geschriftenbau

Betriebsrats-Zeitschrift für die Funktionäre der Metallindustrie herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes. Die neueste Nr. 12 bringt Material über wichtige Wirtschaftsfragen sowie einen Artikel von H o b. D i g m a n n über Wirtschaftsrisse und Erwerbslosentfragen.

Caligula. Eine Studie über römischen Kaiserwahnsinn von R. Duidde. Die Schrift ist ergänzt durch Erinnerungen des Verfasser in dem Kampf gegen Caesarismus und Byzantinismus. Preis gebunden 1,50 A. Verlag Gensel & Co., Berlin-Friedenau. — Im Jahre 1894 erregte die Schrift „Caligula“, die von einem Sekretär des Preussischen Historischen Instituts in Rom geschrieben war, ein ungeheures Aufsehen. In ganz kurzer Zeit erlebte die Schrift 30 Auflagen. Die Prosopopee schilderte Duidde den wahnsinnigen römischen Kaiser Caligula. An keiner Stelle wies er auf den deutschen Kaiser Wilhelm II hin und doch fühlte und ahnte jeder Leser, wo hinaus die Schrift wollte. Die Ähnlichkeit beider großwahnsinniger Potentaten war zu groß. Die Schrift ist in der heutigen Zeit äußerst lesenswert, denn sie zeigt, wie schon vor 30 Jahren in Deutschland gegen das Fürstentum gekämpft werden mußte.

Mitteilungen des Vorstandes

Telegramm-Adresse: Metallvorstand Stuttgart

Mit Sonntag dem 27. Juni ist der 27. Wochenbeitrag für die Zeit vom 27. Juni bis 3. Juli 1926 fällig.

Die Kassezahlstelle in Ludau i. B. ist aufgehoben. Kassezahl wird dort nicht mehr ausbezahlt.

Reisende Mitglieder können nur in den im Adressenverzeichnis mit + bezeichneten Verwaltungstellen Kassezahl erheben. Das Aufsuchen der Bevollmächtigten, Kassierer und Vertrauensmänner in den Bahnhöfen oder Arbeitsstellen durch die Reisenden hat zu unterbleiben.

Gestohlen wurde:

Mitgliedsbuch Nr. 4288381, lautend auf den Pfalzener Karl Bösch, geb. am 19. Dezember 1898 zu Lützingen (Lützingen). Das Mitgliedsbuch des Friedrich Karl Arthur Wolf, geb. am 20. März 1889 zu Leipzig, ist anzuhalten und der Vorzeiger der Polizei zu übergeben. B. wurde in Dortmund auf offener Straße überfallen und ihm die Brieftasche mit Mitgliedsbuch entwendet.

Stuttgart, Rübstraße 16. Der Vorstandsvorsitzende

Zur Beachtung! Suzug ist fernzuhalten

von Metallarbeitern aller Branchen nach Reuß (Schiffswärter Düsselbors-Neuß, G. m. b. H.) D.; nach Ratibor S.; von Metallarbeitern nach Goswig bei Meissen (Aluminiumwerk Ambros) D.

A. = Lohnbewegung; D. = Differenzen; v. St. = Streit in Sicht; St. = Streit; R. = Verregelung; M. = Mißstände; A. = Auslieferung; Anträge auf Verhängung von Sperren müssen von den Ortsverwaltungen über die Bezirksleitungen an den Vorstand eingereicht werden und ausreichend begründet sein.

Arbeitsuchende Mitglieder sind verpflichtet, auch wenn der betreffende Ort nicht in der Zeitung gesperrt ist, Erkundigung bei den zuständigen Ortsverwaltungen oder, wo eine solche nicht besteht, beim Vorstand einzufordern. Das Schriftstück ist von der Verwaltung, der das Mitglied zurzeit angehört, zum Ausweis der Mitgliedschaft abzugeben zu lassen.

Druck und Verlag: Verlagsgesellschaft des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes, Stuttgart, Rübstraße 16